

AKTUELL

HÄUSLICHE GEWALT

Das Paradox der Zahlen

Melanie Czarnik

2023 überschritt die Zahl der Polizeieinsätze wegen häuslicher Gewalt erstmals die 1.000-Marke. Im Gegensatz dazu stagniert die Zahl der Wegweisungen. Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären?

Kommt es zu einem Polizeieinsatz aufgrund von häuslicher Gewalt, steht den Beamt*innen das Mittel der Wegweisung (auch bekannt als „Ausweisung“ oder „Platzverweis“) zur Verfügung. Eine polizeiliche Maßnahme, die es erlaubt, die gewalttätige Person bis zu zehn Tagen der Wohnung zu verweisen. Rechtlich ist eine Wegweisung möglich, wenn Anzeichen dafür bestehen, dass eine Person sich darauf vorbereitet, eine Straftat gegen das Leben oder die körperliche Unversehrtheit einer nahestehenden Person, mit der sie zusammenlebt, zu begehen oder erneut zu begehen. Laut dem „rapport violence“ des Ministeriums für Gleichstellung und Diversität (Mega) gab es letztes Jahr 246 solcher Fälle. Eine Zahl, die trotz steigender Einsätze seit Jahren stagniert.

Wie kommt es zu diesem Widerspruch? Marc Baum (Déi Lénk) schreibt Anfang Juli eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister. Aus dem Brief ergeben sich zwei mögliche Hypothesen: Erstens, die Kriterien der Richter*innen für eine Wegweisung haben sich im Laufe der Jahre verändert. Oder zweitens, die „bestmögliche“ Hypothese, dass die Fälle von schwerer häuslicher Gewalt in Luxemburg abgenommen haben. Bei gleichbleibenden Fallzahlen sind die Veränderungen relativ zu den vorherigen Zahlen zu sehen, nicht absolut.

Am 5. August senden Justizministerin Elisabeth Margue (CSV), Innenminister Léon Gloden (CSV) und Yuriko Backes (DP), Ministerin für Gleichstellung und Diversität, eine gemeinsame Antwort: „Weder die Ausweiskriterien noch die internen Verfahren der Staatsanwaltschaften haben sich seit 2014 geändert und einige der derzeit in der Jugend-/Familienabteilung tätigen Richter sind dort seit mehreren Jahren und konstant in ihrer Bewertung der Fälle“, heißt es darin.

Dass die Staatsanwaltschaft eine größere Toleranz gegenüber Fällen häuslicher Gewalt entwickelt haben könnte, schließen die zuständigen Minister*innen ebenfalls aus. Stattdessen verweisen sie auf das Engagement sowie die Präventions- und Entstigmatisierungsarbeit vom Mega und anderen Akteur*innen. Die vorliegenden Zahlen könnten ein Indiz für die erfolgreiche

Enttabuisierung häuslicher Gewalt sein. Polizist*innen würden deshalb auch bereits bei „leichteren“ Formen, bei denen keine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben bestünde, alarmiert.

Es sei bekannt, schreibt Marc Baum in seiner Anfrage, dass „eine gewisse Anzahl polizeilicher Einsätze im Bereich der häuslichen Gewalt nicht zu einem Bericht an die Staatsanwaltschaft führt, obwohl häusliche Gewalt für die Mehrheit der Tötungsdelikte in unserem Land verantwortlich ist“. Ein Statement, das in der Regierungsantwort mehrfach zurückgewiesen wird. Jede Intervention bei häuslicher Gewalt führe zur Erstellung eines Einsatzberichts, aber nicht jede Intervention führe zwangsläufig zu einer Wegweisung.

Fast drei Einsätze pro Tag aufgrund von häuslicher Gewalt

Ana Pinto, Präsidentin der 2022 gegründeten gemeinnützigen Organisation „La Voix des survivant-e-s“, forderte indes schon im März eine umfassendere Fortbildung von Polizist*innen zum Thema. Sie sieht in der Stagnation an Wegweisungen ein Symptom mangelnden Wissens. Lediglich vier Stunden würden in der zweijährigen Ausbildung auf das Thema häusliche Gewalt verwendet. Im Jahr 2023 gab es bei 1.057 Interventionen fast drei Einsätze pro Tag. Gegenüber der Zeitung „Le Quotidien“ sagte Pinto, dass sie aus Zeug*innenaussagen wisse, wie manche Beamt*innen in solchen Fällen verfahren. „Sie entscheiden, dass es nicht so schlimm ist, und leiten es daher nicht an die Staatsanwaltschaft weiter.“ Liegt offiziell kein Fall häuslicher Gewalt vor, muss es auch keinen Bericht an die Staatsanwaltschaft oder zuständigen Richter*innen geben. Innenminister Léon Gloden versprach Pinto, die Ausbildung der Polizei zu evaluieren und die Organisation bei einer Sensibilisierung zum Thema häusliche Gewalt mit einzubeziehen.

Im Antwortschreiben der Regierung werden drei neue Leuchtturmprojekte des Mega genannt: die Stärkung der Betreuung und Analyse der Sanktionen gegen Täter häuslicher Gewalt, die Einrichtung einer rund um die Uhr geöffneten zentralen Anlaufstelle für alle Opfer von Gewalt mit umfassender Hilfe sowie die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt. Eine Evaluierung mit anschließender Sensibilisierung der Polizeiausbildung wird nicht erwähnt.

SHORT NEWS

Fünf Unterschriften pro Minute

(mc) – Die Petition 3281 zur Stärkung von LGBTQ+ Themen in Schulen erreichte am vergangenen Freitag, dem 2. August, das Quorum von 4.500 Unterschriften in nur einem halben Tag, ein neuer Rekord. Der Ansturm auf die Petitionsseite der Chamber war so groß, dass die Seite immer wieder ausfiel. Ziel der Petition 3281 zur Stärkung von LGBTQ+ Themen ist es, „sicherzustellen, dass die Erziehung und sexuelle Aufklärung der Kinder im Respekt vor jedem Individuum, im Einklang mit den grundlegenden Werten unserer Gesellschaft und dem Zusammenleben erfolgt“. Marc Gerges, Kommunikationsberater der LSAP, initiierte die Petition als Reaktion auf die viel diskutierte Petition 3198, die die Exklusion von LGBTQ+ Themen in Schulen forderte. Die als homo- und transphob beschriebene Petition 3198 hatte in sozialen und öffentlichen Medien für viel Diskussion und Entsetzen gesorgt. Claire Schadeck, Projektleiterin beim Centre d'Information Fraen an Gender, sieht in der Formulierung der Petition einen klaren Angriff auf die Menschenrechte. In einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Radiosender 100,7 nannte sie die Zulassung und den Erfolg dieser Petition „besorgniserregend“. Kommissionspräsidentin Francine Closener (LSAP) verteidigte die Entscheidung zur Annahme mit dem Recht auf Meinungsfreiheit. Bislang hat die Petition zur Stärkung von LGBTQ+ Themen in der Schule 9810 Unterschriften gesammelt (Stand Donnerstag 15:00 Uhr). Bis zum Unterschriftenschluss am 12. September können es noch weit mehr werden.

Globale militärische Emissionen steigen weiterhin

(mes) – Vergangenes Jahr hat die Nato mit ihren weltweiten militärischen Ausgaben schätzungsweise fast 233 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. Damit übertraf das Atlantische Bündnis die jährlichen Emissionen von Ländern wie Kolumbien oder Katar. Die Schätzung legt der Think Tank Transnational Institute vor, der pünktlich zum 75. Jubiläum des Atlantischen Bündnisses im Juli dieses Jahres ein Presseschreiben mit seinem neuesten Bericht zu militärischen Emissionen veröffentlichte. Demnach produzierten 75 Prozent der Nato-Mitgliedstaaten im Jahr 2023 mehr Emissionen als im Vorjahr. Dies liege daran, dass Treibhausgasemissionen parallel zu den Ausgaben, die vor allem die militärische Ausrüstung betreffen, steigen. So stießen acht Staaten, darunter Frankreich und Deutschland, eine Million mehr Tonnen CO₂ in die Atmosphäre als 2022. Insgesamt gab die Nato 1,34 Billionen US-Dollars für militärische Ausgaben aus, was verglichen mit 2022 die Emissionen um schätzungsweise 15 Prozent erhöhte. Dabei ist laut den internationalen Klimazielen des IPCC eine jährliche Reduzierung der militärischen Emissionen um mindestens 5 Prozent nötig. Hauptgewinnerin der Ausgaben, so das Forschungsinstitut, sei die Waffenindustrie: „Militärausgaben lenken wichtige Finanzmittel von Klimaschutzmaßnahmen ab und festigen einen Waffenhandel, der die Instabilität während des Klimazusammenbruchs anheizt.“ Erreichten alle Mitglieder das von der Nato vorgeschriebene Ziel, mindestens zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für das Militär auszugeben, würden bis 2028 zwei Milliarden weitere Tonnen CO₂ ausgestoßen werden. Weder Nato-Mitglieder noch nationale Verteidigungsministerien sind dazu verpflichtet, ihre CO₂-Bilanz offenzulegen. Organisationen sind deshalb auf eigene Kalkulationen angewiesen.

Parlament gibt sich eine KI-Charta

(ja) – Als eins der ersten Parlamente in Europa hat sich die Chamber eine Charta zur Verwendung von sogenannter „Künstlicher Intelligenz“ (KI) gegeben. Diese wurde am 27. Juli auf der Website des Parlaments veröffentlicht. Das kurze Dokument verschriftlicht zehn Prinzipien, nach welchen das Parlament KI einsetzen will. So will die Chamber vor dem Einsatz von KI-Systemen die Risiken analysieren und kommunizieren, wenn sie zum Einsatz kommen. Es sollen auch Kontrollsysteme eingesetzt werden, um den „algorithmic bias“, den solche Systeme beinhalten können, zu überprüfen, damit niemand diskriminiert wird. Menschen sollen nicht ersetzt werden, sondern eine Hilfestellung bekommen. Allerdings hat die Charta einen großen Nachteil: Sie definiert nicht, was mit KI gemeint ist. Damit tappt sie in die Falle der großen IT-Konzerne, die aktuell so gut wie jedes Produkt mit „KI“ labeln. Oft ist damit ein Chatbot à la „ChatGPT“ gemeint. Die Chamber will auch jede Nutzung von KI und ihre Methodologie dokumentieren. Das hehre Ziel, diese „verfügbar, verständlich und audittierbar“ zu machen, wird vermutlich an dem „Black Box“-Charakter der meisten KI-Anwendungen scheitern. Die meisten Firmen, die solche Systeme entwickeln, wissen selbst nicht genau, wie die Programme zu ihrem Output kommen – was eigentlich ein guter Grund wäre, deren Einsatz so weit wie möglich zu beschränken. Bei dem ersten KI-Projekt der Chamber handelt es sich allerdings um eine eher harmlose Transkriptionssoftware.